

## THEMEN AUS DER LETZTEN LANDTAGSSITZUNG:

- Industriepolitik: Wir brauchen ambitioniertere Ziele und konkrete Umsetzung vor Ort
- Unterbringungssituation von Geflüchteten in Schleswig-Holstein
- Bei den Krankenhausinvestitionsmitteln klafft eine enorme Finanzierungslücke
- Kostenloses Essen in Kita und Kindertagespflege
- Einweg-Vapes verschwenden Rohstoffe und bereiten bei der Entsorgung allergrößte Probleme

Industriepolitik

# Industriepolitik: Wir brauchen ambitioniertere Ziele und konkrete Umsetzung vor Ort

In den Konzernzentralen der großen Industrieunternehmen wird gerade die nächste industrielle Revolution geplant. Weg von Öl und Gas als Rohstoff und Energiequelle hin zu Kreislaufwirtschaft und grünem Wasserstoff. Wir haben hier in Schleswig-Holstein lange auf diesen Moment gehofft. Endlich haben wir die Chance, unsere Idee eines grünen Industriestandorts Wirklichkeit werden zu lassen. Windstrom wird zum Standortvorteil. So wie es damals die Kohle im Ruhrgebiet war. Leider spielt es bei den Investitionsentscheidungen der Industrie keine große Rolle, was wir uns wünschen. Mittlerweile hat die ganze Welt begriffen wie der Hase läuft. Wir brauchen ambitionierte Ziele und konkrete Umsetzung vor Ort. Daher haben wir die Landesregierung in einem Antrag (Drs. 20/720) dazu aufgefordert, ihre industriepolitische Strategie an die neue Situation anzupassen und schnellstmöglich ein Paket mit Sofortmaßnahmen vorzulegen und in Folge umzusetzen. Dazu erklärt der Oppositionsführer und Vorsitzende der SPD-Fraktion, Thomas Losse-Müller:

„China und die USA sind entschlossen, die neuen grünen Industrien zu sich zu holen – koste es was es wolle. China macht das schon seit vielen Jahren: Windindustrie, Solarindustrie, E-Mobilität, Batterieproduktion. Jetzt haben die USA mit dem IRA nachgelegt: Aufbau einer nationalen mobilen Automobilwirtschaft „made in America“ und – mindestens genauso wichtig: Herrschaft über die globalen Märkte für grünen Wasserstoff. Die Subventionen sind so hoch, dass grüner Wasserstoff billiger als grauer Wasserstoff – also der aus Erdgas – werden soll. Mit anderen Worten: Die USA sorgen gerade dafür, dass der komplette grüne Wasserstoff-Boom nur noch ein Ziel kennt: Amerika. Alle Konzernstrategen richten ihren Blick jetzt gen USA.

Beim Thema Industriepolitik geht es nicht nur um ein vermeintliches „Nice-to-Have“ wie Northvolt.



Es geht hier um den Erhalt bestehender Arbeitsplätze vor allem auch in der chemischen Industrie. Allein am Standort Brunsbüttel sind 12.000 Arbeitsplätze darauf angewiesen, dass es schnell ein glaubhaftes Signal gibt, dass Schleswig-Holstein der Standort für grünen Wasserstoff in Europa ist. Die Warnung der Industriegewerkschaften sind eindeutig: Wir brauchen ambitioniertere Ziele und konkrete Umsetzung vor Ort. All das wird nicht ohne zusätzliche Mittel und Personal vom Land gehen.

Es reicht nicht, dass jetzt 100 Mitarbeitende in Teilzeit in Projekten und AGs nebenbei die Ansiedlung von Northvolt organisieren. Herr Ministerpräsident, wir sprechen ja auch mit Northvolt und es ist doch peinlich, was das Northvolt-Team alles selbst erledigen und koordinieren muss. Es kann doch nicht der Job eines Unternehmens sein, das sich hier Ansiedeln will, sich um den Aufbau von Internationalen Schulen, Freizeitwert für die Mitarbeiter, Wohnungsbau und Flächen für die Zulieferer zu kümmern. Wir brauchen eine neue, dauerhafte Agentur mit spezialisierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die Großprojekte wie den Umbau von Brunsbüttel oder eben Ansiedlungsprojekte begleiten. Und was machen Sie stattdessen? Sie schaffen 50 zusätzliche Stellen im Landwirtschaftsministerium. Es geht hier doch um den Wandel vom Agrarland zum Industrieland und nicht umgekehrt! Es soll ins Jahr 2050 gehen und nicht 1950.

*„Es geht hier doch um den Wandel vom Agrarland zum Industrieland und nicht umgekehrt! Es soll ins Jahr 2050 gehen und nicht 1950.“*

Ich glaube nicht, dass wir den Standort Schleswig-Holstein mit einer Rückkehr zum den ideologischen Hits der 80er und 90er weiterentwickeln können. Insbesondere deshalb nicht, weil unsere Konkurrenz in den USA und China das auch nicht tut. Es muss einem doch zu denken geben, wenn selbst die USA – die Verteidiger des Freihandels, die Heimat des Neoliberalismus und der Reagonomics – jetzt genau das Gegenteil tun. Yanet Yellen die US-Finanzministerin hat das letzte Woche nochmal sehr deutlich gemacht: Europa, Du musst selber für Dich sorgen.

Es ist ernst. Wir alle haben das gleiche Ziel. Wir wollen die industriepolitischen Chancen für Schleswig-Holstein nutzen. Wir müssen die industriepolitischen Strategien dieses Landes an eine neue Situation anpassen. Lassen Sie uns das gemeinsam hier und mit Industrie und Gewerkschaften tun. Dazu stehen wir bereit.“

---

Migrationspolitik

# **Es ist unsere humanitäre Pflicht Menschen Sicherheit und Schutz zu bieten**

Im Verlauf der vergangenen Landtagssitzung haben wir als SPD-Fraktion die Landesregierung in einem Antrag (Drs. 20/682) dazu aufgefordert, uns vierteljährlich über die Unterbringungssituation von Geflüchteten in Schleswig-Holstein zu informieren. Dazu erklärt die migrationspolitische Sprecherin der Fraktion, Serpil Midyatli:

„Es ist unsere humanitäre Aufgabe, Menschen, die vor Kriegen und Verfolgung fliehen müssen, Sicherheit und Schutz zu bieten. Als im vergangenen Jahr am 24. Februar der völkerrechtswidrige Angriffskrieg auf die Ukraine begann, standen wir zusammen. Unsere Unterstützung steht. Nicht nur für die Ukraine als Staat, sondern auch für die vielen Frauen und Kinder, die fliehen mussten. Diese aufzunehmen, ihnen Schutz und Sicherheit zu bieten, das

liegt in unserer Verantwortung. Schleswig-Holstein hält zusammen. Wir mussten nicht lange bitten. Kommunen, ehrenamtliche und Bürger\*innen, sie alle haben einen großen Einsatz geleistet, damit in der Not schnell geholfen werden konnte. Tausende private Wohnräume wurden mobilisiert. Wir können Aufnahme, wir können Schutz und wir können Integration. Das haben wir mehrfach bewiesen. Ja, es ist ein enormer Kraftakt und es bedarf vor allem den Willen, sich dieser Aufgabe anzunehmen.



*„Wir können Aufnahme,  
wir können Schutz und  
wir können Integration,  
das haben wir mehrfach  
bewiesen“*

Der Bund hat schnell reagiert und hier neben eigenen Kapazitäten auch Verteilhubs eingerichtet, schnelle Lösungen sogar über eine EU-Zuwanderungsrichtlinie beschlossen und vor allem auch finanzielle Unterstützung nicht nur angekündigt, sondern auch in die Tat umgesetzt. Keine langwierigen Asylverfahren. Gleich Aufenthalt, gleich SBGII und somit keine zusätzlichen Kosten für das Land. Daher erwarte ich auch von der Integrationsministerin zu erfahren, wie viel von den 4,25 Mrd. Euro, die im November auf der MPK beschlossen wurden, nach Schleswig-Holstein und an die Kommunen weitergereicht worden sind. Es sind enorme Herausforderungen: Unterbringung, Kita, Schule, Sprachkurse, medizinische Versorgung, Wohnraum und niemand im Land sagt, dass es einfach ist, wirklich niemand. Bereits im vergangenen März 2022 haben wir als SPD darauf hingewiesen, dass sich das Land auf eine sehr hohe Anzahl von Geflüchteten einstellen muss. Und je länger ein Krieg dauert, das ist die traurige Wahrheit, die wir auch aus der Vergangenheit kennen, desto mehr steigen auch die Zahlen derer, die sich auf den Weg machen. Dieses gilt nicht nur für die Geflüchteten aus Ukraine, auch in anderen Teilen der Welt müssen Menschen fliehen. Und wenn Kriege länger dauern, reicht eben nicht nur eine kurze Unterbringung in Notunterkünften. Nein, auch Krippen, Kitas, Sprachkurse, DaZ-Klassen, Arbeitsplätze müssen organisiert werden. In einem Wort: Integration.

Um all das zu bewältigen haben wir schon mehrfach einen Flüchtlingspakt gefordert, wo alle Akteure, die einen Beitrag leisten können, beteiligt werden, um diese Herausforderung zu meistern. Und das Gute ist, sie wollen; alle wollen. Daher verstehe ich nicht, warum Sie sich weigern, Frau Touré, hier endlich als Landesregierung Verantwortung zu übernehmen. Warum zeigen Sie immer Richtung Bund? Der Bund wird nicht die Container für die Unterbringung organisieren. Das ist Ihr Job. Der Bund ist nicht für ausreichend DaZ-Lehrkräfte zuständig. Das ist Ihr Job. Der Bund ist nicht für die medizinische Versorgung zuständig. Das ist Ihr Job. Der Bund ist nicht für die Verteilung in der Kommune zuständig. Das ist Ihr Job. Warum machen Sie ihren Job nicht? Die Kommunen sind am Limit, sie schaffen es nicht mehr alleine. Hier müssen Sie in Verhandlungen treten und nicht erst, nachdem der Bund reagiert hat. Gehen Sie in Vorleistung, tragen Sie endlich Verantwortung. Und wenn Sie Unterstützung im Bund brauchen, meine haben Sie. Ich rücke Herrn Lindner gerne auf den Pelz und kämpfe mit Ihnen Seite an Seite.“

# Bei den Krankenhausinvestitionsmitteln klafft eine enorme Finanzierungslücke

Nachdem der erste Haushaltsentwurf keinerlei Erhöhung der Krankenhausinvestitionsmittel vorsah, kam nach unserem gemeinsamen Oppositionsantrag „Auskömmliche Investitionsmittel für Krankenhäuser bereitstellen“ die plötzliche Ankündigung der Landesregierung, jetzt doch weitere Investitionsmittel für Krankenhäuser zur Verfügung zu stellen. Und dann wurden ganze 2 Millionen Euro für 2023 verkündet. Die angekündigte Summe von 2 Millionen Euro jährlich ist mehr als halbherzig und bleibt weit hinter dem Bedarf zurück. Es bleibt weiterhin eine Finanzierungslücke von über 600 Millionen Euro. Die 1,2 Milliarden Euro, die die Finanzministerin noch gefunden hat, könnten dazu beitragen, die Finanzierungslücke zu schließen. Damit würde das von der Regierung selbst formulierte Ziel, eine „qualitativ hochwertige Krankenhausversorgung für die Bürgerinnen und Bürger des Landes vorzuhalten“, erreicht und die Krankenhausstrukturreform angemessen begleitet werden. Daher stellten wir gemeinsam mit den Fraktionen der FDP und des SSW einen entsprechenden Antrag (Drs. 20/ 588(neu)). Dazu erklärt unsere gesundheitspolitische Sprecherin, Birte Pauls:

„Die Lösung muss immer so groß sein wie das Problem. Bei den von der Regierung vorgeschlagenen Mitteln wird deutlich, dass sie augenscheinlich das Problem noch nicht einmal erkannt hat. Das Zick-Zack mit der Regio-Klinik im Kreis Pinneberg und der Sana-Klinik in Lübeck war nicht gerade ein Paradebeispiel für verlässliche Politik. Widersprüchliche Aussagen der Landesregierung zu zugesagten Projekten haben uns bewogen, ein Akteneinsichtsverfahren zu beantragen. Ein saniertes Haus oder eine sanierte Abteilung erhöht nicht nur die Aufenthaltsqualität der Patientinnen und Patienten, sondern auch die Arbeitszufriedenheit der Mitarbeitenden, jedenfalls wenn im Sinne ihrer Arbeitsabläufe gebaut wurde. Wir mussten in der letzten Zeit eine kalte Strukturreform ohne Planung und Gegensteuern der Landesregierung erleben. Ganz besonders wurde das in der Geburtshilfe deutlich. Alles, was jetzt aus Berlin kommt, wirkt dieser kalten Strukturbereinigung entgegen. Deshalb begrüße ich die Pläne für eine umfassende und nachhaltige Krankenhausstrukturreform. Sie sieht u.a. Vorhaltepauschalen vor, um endlich den wirtschaftlichen Druck von den Häusern zu nehmen. Wir Sozialdemokrat\*innen sehen die Reform als Chance, dem kalten Strukturwandel etwas entgegenzusetzen. Dafür muss aber auch das Land seine Hausaufgaben machen. Krankenhausfinanzierung erfordert einen Plan, den ich bei dieser Landesregierung auch nach der letzten Sozialausschusssitzung vermisste.

***„Die Lösung muss immer so groß sein wie das Problem“***

Wir durften zwar eine hochengagierte Arbeitsebene erleben, jedoch mit einer eher destruktiven Ministerin, die sich gemeinsam mit der CDU auf die Kritik konzentrierte, angeblich auf Bundesebene nicht ausreichend eingebunden zu sein. Das Gegenteil ist der Fall. Es gibt seit Januar bis Juni wöchentliche Bund-Länder-Runden der Arbeitsebene und monatliche auf Ministerienebene. Erst danach erlangen die gemeinsam bearbeiteten Vorschläge das parlamentarische Verfahren. Bislang liegt nur der Vorschlag einer Regierungskommission auf dem Tisch und ich finde die Schwarzmalerei, die die CDU da betreibt ohne Vorschlä-



gen beizutragen, verantwortungslos.

Wir brauchen eine Karte für Schleswig-Holstein, die aufzeigt, wo zukünftig welche Fachgebiete vorgehalten werden müssen und diese müssen auch finanziell abgesichert sein. Künftig wird nicht jedes Krankenhaus alle Fachrichtungen vorhalten können, schon weil das Fachpersonal fehlt. Aber es muss klar sein, wo welche Fachrichtungen vorgehalten werden müssen. Es dürfen nicht die Klinikbetreibenden entscheiden, welche Fachrichtung für sie lukrativ ist. Eine Planung muss sich an den Bedarfen der Bevölkerung ausrichten. Sie muss die Bevölkerungsentwicklung in den Blick nehmen. Das ist bei einer älter werdenden Bevölkerung wichtig, aber auch bei den ansteigenden Geburtenzahlen. Natürlich kann man für elektive Behandlungen etwas weiter fahren. Die Bündelung von Kompetenz steigert die Qualität besonders bei seltenen Eingriffen. Aber die Grund- und Regelversorgung samt Notfallversorgung und Geburtshilfe muss in erreichbarer Nähe sein.

Das sind wir den Bürgerinnen und Bürgern auch im Rahmen einer guten Daseinsvorsorge schuldig.“

---

Kitapolitik

# Familien entlasten – Kostenloses Essen in Kita und Kindertagespflege umsetzen

Was die wichtigste Mahlzeit am Tag ist, darüber lässt sich streiten – für Kinder in Kitas und Kindertagespflegen ist es das Mittagessen. Als SPD-Landtagsfraktion fordern wir, Familien finanziell zu entlasten und kostenloses Essen in Kita und Kindertagespflege umzusetzen. Ein gemeinsames Mittagessen sensibilisiert nicht nur für gesundes, regionales und nachhaltiges Essen, sondern schafft auch Wertschätzung für die Menschen, die die Lebensmittel erzeugen und zubereiten und trägt zur Stärkung der Selbst- und Sozialkompetenz bei. Zu unserem Antrag „Familien entlasten – Kostenloses Essen in Kita und Kindertagespflege umsetzen“ (Drs. 20/663(neu) 2. Fassung) erklärt die kitapolitische-Sprecherin der SPD-Fraktion, Sophia Schiebe:

„Wir wissen, wie wichtig es ist, dass unsere Kinder lernen, wie man sich gesund und gut ernährt. Denn eine ausgewogene Ernährung wirkt sich nicht nur wesentlich auf das Wachstum, die Entwicklung und die Leistungsfähigkeit unserer Kinder aus, sondern beeinflusst auch die spätere Gesundheit im Erwachsenenalter. Wie und was unsere Kinder essen, bestimmt deren Wertschätzung für Lebensmittel. Ein attraktives Essen in einer gemeinsam gestalteten Atmosphäre sensibilisiert nicht nur für gesundes, regionales und nachhaltiges Essen, sondern schafft auch Wertschätzung für die Menschen, die die Lebensmittel erzeugen und zubereiten. Es fördert das Gemeinschaftsgefühl in den Gruppen unserer Kindertageseinrichtungen und trägt zur Stärkung der Selbst- und Sozialkompetenz bei.“



*„Ein Jahr Verpflegungskosten für unsere Kleinen ist doch das mindeste.“*

Auch in den „Leitlinien zum Bildungsauftrag in den Kindertagesstätten“ wird die Bedeutung einer gesunden gemeinsamen Einnahme einer Mahlzeit für unsere Kindertagesstätten in Schleswig-Holstein manifestiert. Wir scheinen uns also alle darüber einig zu sein, wie wichtig die gemeinsame Einnahme einer warmen gemeinsamen Mahlzeit für unsere Kinder in den Kindertageseinrichtungen ist. Doch was können wir an einigen Stellen mittlerweile beobachten: Die Krisensituation, in der wir uns befinden, stellt Familien vor große finanziellen Hürden!

Durch die steigende Inflation haben wir eine Preissteigerung der Lebensmittel von 20% allein vom Jahr 2021 auf 2022 erlebt! Dieser Anstieg ist so hoch, wie die letzten 6 Jahre zusammengerechnet! Und auch in unseren Kindertageseinrichtungen haben sich die Verpflegungskosten an einigen Orten bereits verdoppelt. Damit haben gerade die Einkommensschwachen Familien sehr zu kämpfen. Einige Träger und auch Elternvertretungen haben mir berichtet, dass Kinder vom Mittag abgemeldet werden, deswegen früher abgeholt werden oder ein Brot eingepackt bekommen. Teilhabe all unserer Kinder in Schleswig-Holstein ist damit nicht mehr gegeben.

Als SPD-Fraktion haben wir an mehreren Stellen bereits Anträge gestellt, die unsere Familien in Schleswig-Holstein entlasten sollen. Alle wurden bislang von Schwarz-Grün abgelehnt. Auch im 1. Entwurf des Haushaltes lassen sich nur wenige Entlastungen ausmachen. Noch nicht einmal der Konsens, der mit der Einrichtung des Kita-Gesetzes verkündet wurde, die Kita-Elternbeiträge immer weiter zu senken, ist vorzufinden. Ein echtes Armutszeugnis liebe schwarz-grüne Landesregierung – vor allem in diesen Zeiten und dem plötzlich auftretendem großen Haushaltsüberschuss. Doch schenken wir der Finanzministerin glauben, dass trotzdem kein Geld im regulären Haushalt für Entlastungen unserer Familien vorzufinden sind, stellt sich die Frage, warum wir nicht den bereits beschlossenen Ukraine-Notkredit nutzen, um unsere Familien in Schleswig-Holstein finanziell unter die Arme greifen zu können? Genau aus diesem Grund haben wir ihn doch in diesem Hause beschlossen. Ein Jahr Verpflegungskosten für unsere Kleinen ist da doch das Mindeste. Andernfalls erklären Sie den Bürgerinnen und Bürgern und uns, wo ihre Prioritäten liegen. Bei den Familien in Schleswig-Holstein anscheinend nicht, wo also dann?

---

Umweltpolitik

# Einweg-Vapes verschwenden Rohstoffe und bereiten bei der Entsorgung allergrößte Probleme

Bunt, bunter, Einweg-Vapes. Mit schickem Design, gezieltem Marketing und ständig neuen Geschmacksvariationen sind sie inzwischen an jedem Kiosk zu finden. Nach neusten Schätzungen werden rund fünf Millionen Einweg E-Zigaretten in Deutschland pro Monat verkauft. Neben den gesundheitlichen Risiken stehen Umwelt und Nachhaltigkeitsaspekte im Fokus. Als SPD-Fraktion fordern wir die Bundesratsinitiative für ein Verbot von Einweg E-Zigaretten zu unterstützen (Drs . 20/664(neu), Alt 20/744 ). Dazu erklärt die umweltpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Sandra Redmann:

„Fünf Millionen Einweg E-Zigaretten werden in Deutschland pro Monat verkauft. So die neusten Schätzungen. In den sozialen Medien werden sie häufig als cool beworben. Sie sind bunt, schmecken nach Heidelbeereis, Mango oder Kaffee - dem Einfallsreichtum sind da keine Grenzen gesetzt. Und was so vermeintlich lecker ist, kann doch nicht schädlich sein. Gerade bei jungen Menschen sind Einweg E-Zigaretten sehr beliebt und genauso soll es auch sein. Die gesamte Verkaufsstrategie ist darauf ausgelegt. Vapes - das klingt schon super, dazu das Design und die geschickte Vermarktung, z.B. bei TikTok. All das geht klar in eine Richtung. Und es funktioniert. Leider.

*„Einwegmist im schlechtesten Sinne.*

*Hinzu kommt die große Problematik der unsachgemäßen Entsorgung.“*

Neben den gesundheitlichen Risiken spielen der Umwelt- und Nachhaltigkeitsaspekt eine große Rolle. Während wir in der heutigen Zeit über Ressourcenschonung und Müllvermeidung reden, wird mit den Einweg-E-Zigaretten genau das Gegenteil bewirkt. Sie verschwenden Rohstoffe und bereiten bei der Entsorgung allergrößte Probleme. Abfallvermeidung ist das Ziel von Kreislaufwirtschaft. Wir wollen bei Gewinnung, Herstellung, Nutzung und Entsorgung einen vernünftigen Umgang mit Ressourcen. Das ist bei Einweg-E-Zigaretten nun überhaupt nicht der Fall.



Akku nicht aufladbar, Mundstück nicht austauschbar, Liquid nicht nachfüllbar. Einwegmist im schlechtesten Sinne. Hinzu kommt die große Problematik der unsachgemäßen Entsorgung, denn diese muss über den Wertstoffhof erfolgen, das passiert aber so gut wie nie. Da reicht eine Nachfrage bei unseren Entsorgungsunternehmen. Zumeist landen die Vapes auf der Straße oder im Hausmüll, von dort wandern sie in die Müllpresse. Die Akkus können unter Druck beschädigt werden und Feuer verursachen, wie der Bundesverband der Deutschen Entsorgungswirtschaft eindrucksvoll dargestellt hat. Zudem haben Batterien nichts im Hausmüll zu suchen, denn so können Gifte in die Umwelt gelangen. Daher gibt es nur eine Lösung: Nämlich das Verbot von Einweg-E-Zigaretten.“

# SPD FRAKTION SCHLESWIG- HOLSTEIN

## Impressum

Herausgeberin: SPD Landtagsfraktion Schleswig-Holstein  
Pressesprecher: Heimo Zwischenberger  
Layout: Dejan Petrovic

Postfach 7121, 24171 Kiel